

31. August 2020

Patricio Frei  
Talweg 165  
8610 Uster



### Fraktionserklärung der Grünen

An die Präsidentin des Gemeinderates  
Frau Karin Niedermann  
8610 Uster



## Fraktionserklärung der Grünen zur Spitalfusion

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Geschätzte Anwesende

Glück oder Pech?

Im Mai hätten die Stimmberechtigten über die Fusion der beiden Spitäler Uster und Wetzikon abstimmen sollen. Doch der Urnengang fiel Corona zum Opfer. Auf den ersten Blick war das Pech.

Doch nun hat sich herausgestellt, dass aufgrund des Jahresabschluss 2019 des Spitals Uster die bisherige Bewertung nicht mehr haltbar sei. Deshalb sah sich die Spitalleitung im Juli gezwungen, die auf September verschobene Abstimmung nochmals zu verschieben. Die Meldung kam für viele unerwartet. Etwa für die Delegierten des Zweckverbands, die dazu im Juni an ihrer Versammlung kein Wort von der Spitalleitung erfuhren...

Kann es sein, dass die Spitalleitung tatsächlich im Juni noch nichts vom Ungemach ahnte? Am 26. März kommunizierte die Spitalleitung ein Defizit von beinahe 7 Millionen Franken für das Geschäftsjahr 2019 – und dennoch war sie überzeugt, dass es für die bisherige Bewertung reicht? Nicht der geringste Zweifel, der hätte dazu führen können, die Bewertung von sich aus überprüfen zu lassen – und zwar noch vor dem Abstimmungstermin im Mai?

Die Verantwortung liegt bei der Spitalleitung: Sie muss die Finanzen im Griff haben, deren Auswirkungen auf die Strategie kennen und von sich aus sicher stellen, dass die Bewertung haltbar ist. So aber könnte der Eindruck entstehen, dass die Spitalleitung den Stimmberechtigten wichtige Fakten vorenthielt – aus Unvermögen oder mit Absicht? Beide Varianten vermögen nicht das Vertrauen in die Institution zu stärken. Es war also Glück, dass die Abstimmung verschoben werden musste.

Um die finanzielle Situation möglichst rasch zu verbessern, hat das Spital nun «strategische Massnahmen» getroffen. Mit anderen Worten: Nun folgt ein rigoroses Sparprogramm. Dafür wurde etwa das Personalreglement überarbeitet. Dieses sieht nach einer Fusion verschlechterte Anstellungsbedingungen vor. Zu befürchten ist, dass gute Leute das Spital verlassen werden: Wer kann, der geht. Weil im Gesundheitswesen der Arbeitsmarkt ausgetrocknet ist, finden sie leicht eine andere Stelle. Die Gefahr eines Qualitätsverlust ist riesig.

Das Vorgehen der Spitalleitung scheint in der Geschäftsleitung umstritten gewesen zu sein. Deshalb kam es am 18. August zum Bruch mit Departementsleiterin Esther Bächli. Die Öffentlichkeit versteht diese Freistellung nicht. Dies zeigen die zahlreichen Leserbriefe und die Solidaritätsbekundungen von immer mehr Medizinerinnen und Medizinern.

Die jüngsten Ereignisse haben das Personal, aber auch Zuweiser und Patientinnen massiv verunsichert. Dies dürfte auch wirtschaftliche Folgen haben. Beim Universitätsspital jedenfalls hat der Skandal um den Herzchirurgen Francesco Maisano dazu geführt, dass die Patientenzahlen subito gesunken sind – und mit ihnen die Erträge.

Angesichts der aktuellen finanziellen Lage stellt sich die Frage, ob auch die Ausbaupläne des Spitals Uster zu optimistisch waren. Bereits im Frühjahr 2019 haben wir Grünen in unserer Stellungnahme die Frage gestellt, ob sich das Spital Uster den geplanten Ausbau überhaupt leisten kann. Diese Frage akzentuiert sich zunehmend.

Die Spitalleitung rechnet damit, im Frühjahr 2021 über die Spitalfusion abstimmen zu können. Ob bis dann das Spital Uster seine Finanzen im Griff hat? Zweifel sind angebracht.

Der Imageschaden für das Spital Uster ist enorm und das Vertrauen in die Spitalleitung erodiert. Ob unter solchen Vorzeichen eine Abstimmung über die Spitalfusion zu gewinnen ist? Immerhin müssten dazu alle involvierten Gemeinden Ja sagen. Die Aktionärsgemeinden der GZO Spital Wetzikon AG aber werden sich die Frage stellen, ob sie die Heirat mit einer kränkenden Braut namens Spital Uster überhaupt noch wagen wollen.

Wir Grünen sind besorgt um den Spitalstandort Uster. Unsere heutige Gesundheitsversorgung mit Spitex, Heimen, Hausärzten etc. ist eng mit dem Spital verzahnt. Wir alle haben ein sehr grosses Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze im Spital Uster.

Deshalb ist jetzt ein Neustart nötig – und zwar in 3 Punkten:

1. Ein Neustart unter neuer Führung: Verwaltungsratspräsident Reinhard Giger hat das aktuelle finanzielle Debakel mitzuverantworten. Vielleicht realisiert er, dass die Zeit gekommen ist, den Hut zu nehmen?
2. Ein Neustart ohne Altlasten: Wir Grünen verlangen vollständige Transparenz über die aktuelle finanzielle Situation und die Bewertung des Spitals Uster sowie die Offenlegung des Businessplans 2035 und aller strategischen Massnahmenpakete. Es braucht eine externe Untersuchung zu den Versäumnissen der bisherigen Spitalleitung hinsichtlich der strategischen Positionierung der Spitals Uster und dessen Finanzierbarkeit sowie der Informationspolitik. Nur so können wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, damit wir sie in der Zukunft nicht wiederholen.
3. Ein Neustart gemeinsam mit dem Personal: Das Personalreglement muss überarbeitet werden. Es darf zu keiner Verschlechterung der Anstellungsbedingungen kommen. Im Fall eines Personalabbaus soll ein umfassender Sozialplan unter Einbezug von Politik und Personalverbänden ausgearbeitet werden mit dem Ziel, die Anzahl Kündigungen zu minimieren und deren Folgen zu mildern.

Derzeit ist es ungewiss, ob und wann es tatsächlich zur Fusion der beiden Spitäler Uster und Wetzikon kommen wird. Deshalb sollte sich die Spitalleitung auch mit Alternativen zur Fusion und zur Aktiengesellschaft auseinandersetzen. Wie ein solcher Plan B aussehen kann, zeigen die Spitäler Bülach, Limmattal und Zollikerberg. Diese haben im August ein eigenes Netzwerk gegründet. Über eine verstärkte Kooperation können sie die Wirtschaftlichkeit verbessern. Die Eigenständigkeit bleibt bewahrt und auch in Zukunft ist die qualitativ hochwertige und kostengünstige medizinische Versorgung sichergestellt.

Mit einem solchen Neustart sichern wir dem Spital Uster die Zukunft. Im Licht der Ereignisse der letzten Wochen grenzt alles andere an Fahrlässigkeit.

Patricio Frei  
Fraktionspräsident Grüne